



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ

DONNERSTAG, 6. JUNI 2002

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der neue Vizepräsident der EZB, Herr Papademos, und ich möchten Sie über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Der EZB-Rat hat eine umfassende Analyse der **monetären, finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklungen** vorgenommen und die seit der letzten Sitzung am 2. Mai 2002 verfügbar gewordenen Angaben geprüft. Ungeachtet des jüngsten Rückgangs der Teuerungsrate bleiben die Aussichten für die Preisstabilität auf mittlere Sicht ungünstiger als vor einigen Monaten angenommen. Die Wirtschaftsaussichten sind allerdings noch mit einigen Unsicherheiten behaftet. Um die Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht vollständig beurteilen zu können, benötigen wir jedoch weitere Informationen. Vor diesem Hintergrund hat der EZB-Rat beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu lassen.

Was zunächst die Analyse im Rahmen der **ersten Säule** unserer geldpolitischen Strategie betrifft, so verringerte sich der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 im Zeitraum von Februar bis April 2002 auf 7,4 %, verglichen mit 7,6 % im Zeitraum von Januar bis März 2002. Wenngleich die hohe Jahreswachstumsrate von M3 teilweise noch immer Portfolioumschichtungen zu geldnahen Positionen im Herbst 2001 widerspiegelt und es zu Beginn des laufenden Jahres zu einer gewissen Normalisierung bei der Entwicklung von M3 gekommen ist, wurde diese Entwicklung hin zu einer Mäßigung des Geldmengenwachstums in jüngster Zeit unterbrochen. Darüber hinaus hat sich die jährliche Wachstumsrate der Kreditvergabe an den privaten Sektor in den letzten Monaten stabilisiert.

Was die **zweite Säule** betrifft, so wurden unsere Erwartungen hinsichtlich einer allmählichen Erholung des realen BIP-Wachstums im Euroraum durch die jüngst von Eurostat veröffentlichten ersten Schätzungen des Wachstums des realen BIP bestätigt. Diese vorläufigen Schätzungen gehen von einer Verbesserung der Zuwachsraten gegenüber dem Vorquartal von $-0,3\%$ im letzten Quartal 2001 auf mäßig positive Raten im ersten Quartal dieses Jahres aus. Zudem ist die Zuversicht der Wirtschaft und der Verbraucher den von der EU-Kommission veröffentlichten Daten zufolge zuletzt wieder gestiegen. Für die Zukunft deuten alle vorliegenden Prognosen auf ein weiteres Anziehen sowohl der Inlands- als auch der Auslandsnachfrage hin, wofür ein günstigeres außenwirtschaftliches Umfeld, solide Fundamentaldaten im Inland und die Tatsache, dass es keine größeren Ungleichgewichte im Eurogebiet gibt, ausschlaggebend sind. Insgesamt lassen sie darauf schließen, dass das reale BIP-Wachstum im späteren Jahresverlauf wieder der Ausweitung des Produktionspotenzials entsprechen dürfte und ein weiterer Anstieg im kommenden Jahr zu erwarten ist. Trotz dieses recht positiven Ausblicks ist die Einschätzung der kurzfristigen Dynamik der realen Wirtschaftsaktivität nach wie vor mit Unsicherheiten behaftet. Risiken gehen außerdem wie bisher schon von der künftigen Ölpreisentwicklung und wirtschaftlichen Ungleichgewichten in anderen Teilen der Weltwirtschaft aus.

Hinsichtlich der Preisentwicklung fiel die jährliche Teuerungsrate gemessen am HVPI nach ersten Schätzungen von Eurostat von $2,4\%$ im April auf $2,0\%$ im Mai. Dieser Rückgang ist jedoch im Wesentlichen auf einen Basiseffekt im Zusammenhang mit dem Sprung in der HVPI-Inflation von Mai 2001 zurückzuführen. Darüber hinaus verharrte die jährliche Teuerungsrate gemessen am HVPI ohne die volatileren Komponenten Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel in den ersten Monaten dieses Jahres hartnäckig auf einem hohen Niveau, was insbesondere den Trend bei den Dienstleistungspreisen widerspiegelt. Ein weiteres Absinken der jährlichen Inflationsrate ist zwar kurzfristig möglich, aber die mittelfristigen Inflationsaussichten bleiben weniger günstig, als noch vor einigen Monaten erwartet wurde. In jüngster Zeit hat der Euro aufgewertet. Durch diese Entwicklung wird zwar der Inflationsdruck eingedämmt, für eine Beurteilung der Auswirkungen der Wechselkursentwicklungen auf die Preisstabilität ist es allerdings noch zu früh.

Wie bereits mehrfach erwähnt, ist das weniger befriedigende Bild, das sich auf kurze Sicht präsentiert, zum Teil auf eine Reihe negativer, wenngleich sehr spezifischer Preisschocks, darunter auch die jüngsten Ölpreissteigerungen, zurückzuführen. Grundsätzlich dürften diese Schocks mit der Zeit nachlassen und somit nicht die mittelfristigen Aussichten für die Preisstabilität beeinträchtigen, vorausgesetzt, die vergangenen Teuerungstrends verfestigen sich nicht. Die Ergebnisse der jüngsten Tarifverhandlungen in einigen Ländern des Eurogebiets geben Anlass zur Sorge, besonders mit Blick auf dadurch bedingte mögliche negative Auswirkungen auf die Schaffung weiterer Arbeitsplätze. Hohe Lohnerhöhungen dürfen sich nicht auf das gesamte

Eurogebiet ausbreiten, denn es gilt, inflationäre Spannungen mit ihren ungünstigen Folgen für Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigungswachstum und Konsum zu vermeiden.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es daher für die Geldpolitik ausgesprochen wichtig, die künftige Entwicklung der für die Preisentwicklung ausschlaggebenden Schlüsselfaktoren aufmerksam zu verfolgen.

Im Hinblick auf die **Finanzpolitik** im Euroraum ist es von entscheidender Bedeutung, dass alle Mitgliedstaaten eine mittelfristige Perspektive beibehalten, die im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt steht. Dies wird zu einer erfolgreichen Umsetzung des Ziels von annähernd ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushaltspositionen sowie zum reibungslosen Funktionieren der automatischen Stabilisatoren in allen Mitgliedstaaten führen. Lassen Sie mich daher wiederholen, dass alle betroffenen Mitgliedstaaten ihrer Zusage nachkommen müssen, bis 2003/2004 ausgeglichene Haushalte vorzuweisen. Darüber hinaus sollten die Regierungen Reformen bezüglich der Höhe und Struktur der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen vorantreiben, wodurch auch Spielraum für weitere Steuersenkungen geschaffen wird und die Kosten der Alterung der Bevölkerung abgedeckt werden.

Auf diese Reformpläne sowie die dringend erforderlichen **Strukturreformen** auf den Gebieten der Güter-, Arbeits- und Finanzmärkte wird in den „Grundzügen der Wirtschaftspolitik 2002“ eingegangen, die in Kürze veröffentlicht werden. Insgesamt begegnet das Eurogebiet mit diesen Reformen der großen Herausforderung, bessere Grundlagen für ein inflationsfreies Wachstum zu schaffen und die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Der EZB-Rat fordert die Mitgliedstaaten auf, die Umsetzung der Strukturreformen zu beschleunigen und die Reformen zu vertiefen. So sollen der Wirtschaft attraktive Anreize geboten werden, Effizienz und Unternehmergeist zu steigern und sich in Richtung einer wissensbasierten Volkswirtschaft zu entwickeln, wie dies in der Vereinbarung von Lissabon gefordert und in Barcelona bestätigt wurde.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

<p style="text-align: center;">Europäische Zentralbank Abteilung Presse und Information Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main Tel.: +49 (69) 13 44-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404 Internet: http://www.ecb.int Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.</p>
--